

Berlin, den 4. November 2016

---

Klaus Schroeder

Monika Deutz-Schroeder

## Fälschung und Original

### Anmerkungen zu einem Beitrag im Berliner Tagesspiegel

Am 28. Oktober 2016 erschien im Tagesspiegel ein Beitrag von Christoph David Piorkowski unter dem Titel „Ganz schön extrem. Der SED-Forschungsverbund der Freien Universität beschwört in einer Studie die Gefahr von links – überzeugt damit aber nicht“. In der online-Version lautete die Überschrift „Studie schürt Angst vor Gefahr von links. Eine neue Studie des SED-Forschungsverbundes der Freien Universität ist gefährlich unpräzise. Das Ergebnis ist eine einseitige Analyse der linken Szene in Deutschland“. Dabei handelt es sich **nicht** um eine kritische Rezension unserer beiden vom Autor nicht genannten Bücher („Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!“ Frankfurt/ Main 2015 und „Linksextreme Einstellungen und Feindbilder“, Frankfurt/Main 2016), die die Ergebnisse unserer Forschungen zum Linksextremismus enthalten, sondern um eine Polemik auf Grundlage von Unterstellungen und falschen Behauptungen. Da der Tagesspiegel eine Entgegnung unsererseits abgelehnt hat, findet sich nachfolgend eine Gegenüberstellung der Behauptungen des Autors mit unseren tatsächlich niedergeschriebenen Auffassungen.

1. Die von uns vorgenommene Messung der Verbreitung linksextremer Auffassungen mittels einer Skala wird vom Autor nur mittels so genannter weicher Items dargestellt. Dadurch will er offenbar suggerieren, wir würden den Anteil von Linksextremen und Linksradikalen künstlich erhöhen. Erwähnt werden auch Items, die gar nicht in die Skala eingingen („Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die ins Land kommen wollen“).

Die so genannten harten Items (u.a. „Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland“, „Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus“, „Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich“, „Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen“) werden nicht erwähnt. Unerwähnt bleibt auch, dass die von Infratest dimap Befragten drei Vierteln bzw. zwei Dritteln der Aussagen zustimmen mussten, um das Kriterium „linksextrem“ oder „linksradikal“ zu erfüllen. Auf dieser Basis stufen wir 4 % der Befragten als Personen mit einem weitgehend geschlossenen linksextremen und weitere 13 % als Personen mit einem überwiegend linksextremen bzw. linksradikalen Weltbild ein. Das linksextreme/linksradikale Personenpotenzial liegt gemäß dieser repräsentativen Befragung insofern bei 17 % (West: 14 %; Ost: 28 %). Die Ost-West-Unterschiede werden ebenfalls unterschlagen, obschon sie auf Nachwirkungen der politischen Sozialisation in der DDR hinweisen und manch widersprüchliches Ergebnis erklären. Bei der gleichen Befragung antworten 13 % der Befragten (West: 12 %; Ost: 19 %), sie könnten sich prinzipiell vorstellen, bei einer Bundestagswahl eine Partei zu wählen, die links von der Partei Die Linke steht. Gefragt nach ihrem politischen Standort stufen sich 5 % der Befragten weit links ein.

2. Piorkowski behauptet, die Zustimmung zu einigen weichen Items gelte uns „als Ausweis eines wenigstens in Teilen extremistischen Weltbildes“. Auch das stimmt nicht. Wir haben darauf hingewiesen, dass sogar die harten Items von einer nennenswerten Minderheit bejaht werden. So sehen zum Beispiel 18 % (West: 16 %, Ost: 28 %) die „Gefahr eines neuen

Faschismus in Deutschland“, 16 % (West: 14 %; Ost: 19 %) stimmen der Behauptung „Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus“ zu und 26 % (West: 25 %; Ost: 31 %) schließen sich der Auffassung an „Der Kapitalismus muss überwunden werden, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit abzuschaffen“. Knapp 25 % der Befragten stimmen mehr als der Hälfte, d.h. mindestens acht Items der Skala zu.

Das Paradox, dass 41 % der Ostdeutschen meinen, Kapitalismus habe zwangsläufig Armut und Hunger zur Folge, unterschlägt der Autor ebenfalls. Ein weltweiter Vergleich der Systeme zeigt auf, dass der Sozialismus/Kommunismus zu Armut und Hunger führte. In Vietnam und China ist zum Beispiel erst durch die Einführung des Kapitalismus in den letzten zwei Jahrzehnten die absolute Armut deutlich zurückgegangen. Das Wohlstandsniveau in der DDR lag kurz vor ihrem Zusammenbruch bei etwa 50 % des westdeutschen Niveaus, ohne dass es in der DDR seit Mitte der 1950er Jahre Hunger gegeben hätte. Armut gab es in der DDR dagegen sehr wohl.

3. Wir betonen, dass die Trennlinien zwischen linksradikal und linksextrem oftmals verschwimmen und nur schwer zu messen sind, weisen aber, was im Beitrag unterschlagen wird, deutlich auf die Unterschiede zwischen beiden hin. Es heißt bei uns im ersten Band ausdrücklich: „Die Trennlinien zwischen radikalen und extremen Linken zeigen sich an dem Streben, die politische und gesellschaftliche Ordnung nicht reformieren, sondern zumeist mit Gewalt – stürzen zu wollen. Linksextreme Gruppen und Personen propagieren offen ihr Ziel, die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und an seine Stelle eine neue, anarchistische oder kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.“ Gleichzeitig heben wir an mehreren Stellen hervor, dass wir radikale Strömungen als verfassungskonform einordnen. Wir kritisieren allerdings, dass sich gemäßigte und radikale Linke zumeist nicht entscheiden von politisch linksextrem motivierter Gewalt distanzieren und sogar

gemeinsam mit Stalinisten und gewaltbereiten Linksautonomen demonstrieren oder in Aktionsbündnissen zusammenarbeiten.

4. Der Autor hält den Extremismus-Begriff für umstritten, „weil seine Verwendung zuweilen die Unterschiede zwischen linken und rechten Radikalen nivelliert und einer gefährlichen und falschen Vereinheitlichung den Weg ebnet“. Selbstverständlich haben wir diese Gefahr gesehen und sagen nach intensiven Auseinandersetzungen mit verschiedenen Positionen zum Extremismusmodell: „Links- und Rechtsextremismus unterscheiden sich nach unserer Auffassung in Theorie und Praxis deutlich voneinander und können nicht in eins gesetzt werden; ihre Gemeinsamkeit besteht jedoch im Kampf gegen eine offene, pluralistische Gesellschaft, um diese und den Einzelnen einer verordneten Weltanschauung zu unterwerfen.“ Mehrfach heben wir hervor, dass der Kampf der linken und rechten Extremisten aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Zielen erfolgt. Wir favorisieren ein „dynamisches Extremismusmodell“ und weisen gleichzeitig ausdrücklich auf den relativen Charakter des Begriffs hin. Das teilt Piorkowski dem Leser ebenfalls nicht mit.
5. Der Autor behauptet, „mit der einheitlichen Etikettierung als ‚extrem‘ bekommt man etwa die programmatischen Unterschiede zwischen Antideutschen und Antiimperialisten nicht in den Blick“. Das ist natürlich Unfug, denn trotz aller Differenzen zwischen verschiedenen linksextremen Gruppen, die wir ausführlich beschreiben, teilen sie zumindest eine Gemeinsamkeit: Sie wollen den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Gesellschaft zerschlagen und zerstören, um eine fundamental andere „neue Gesellschaft“ aufzubauen. Die vom Autor genannten Gruppen, die mitunter ihre Meinungsverschiedenheiten auch handgreiflich austragen, unterscheiden sich allerdings nicht in ihrer Ablehnung Deutschlands. Beide stimmen der Auffassung zu, „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“, „Nie wieder Deutschland“ oder „Deutschland verrecke“. Ihre Differenz liegt im Verhältnis zu Israel und in Teilen zu den USA. Letzteres hat nun wahrlich nichts mit extremistisch oder nichtextremistisch zu tun. Anhänger

nger beider Strömungen sind aus der Perspektive einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft Extremisten.

6. Piorkowski unterstellt uns, „jede Stellungnahme gegen die wirtschaftliche und politische Ordnung als antidemokratischen Akt“ zu bewerten. Tatsächlich betonen wir jedoch mehrfach nicht nur die Legitimität radikaler Kritik am bestehenden System, sondern ebenfalls, dass Staat und demokratische Parteien selbst die Kritik von Extremisten ernst nehmen sollten. Wir schreiben: „Eine Voraussetzung für den Erfolg einer freiheitlich-demokratisch strukturierten Gesellschaft ist die Reformbereitschaft in einer sich wandelnden Welt. Das bedeutet auch, dass die von Linksradi-kalen und Linksextremisten auf die Tagesordnung gesetzten Themen und Probleme ernst genommen und demokratisch beantwortet und gelöst werden.“ An anderer Stelle sprechen wir sogar von einem möglichen „Extremismus der Mitte“. Wenn die (politische) Mitte jegliche Kritik nicht mehr zulässt, könne sie selber extremistisch werden.
7. Der Autor behauptet weiter, „für die Revolte von 1968 haben die Forscher nichts übrig“. Es bleibe unerwähnt, dass der außerparlamentari-sche Widerstand „dieses Land eventuell freiheitlicher und lebenswerter gemacht haben könnte“. Tatsächlich fällt unsere Bewertung der 68er-Bewegung jedoch differenziert aus. Durch die Befragung ehemaliger Linksradikaler haben wir zudem die verschiedenen Dimensionen von „68“ herausgestellt. Das ändert freilich nichts daran, dass führende 68er schon vor dem Tod von Benno Ohnesorg über Gewalt und Stadt-Guerilla in den Metropolen fantasierten. Der harte Kern der 68er und die ihnen nachfolgenden kommunistischen Gruppen/Parteien wollten ebenfalls das System stürzen und es keineswegs freiheitlicher und insgesamt lebenswerter machen. Darüber hinaus werfen wir großen Teilen der 68er vor, sich nicht mit dem Holocaust und dem Nationalsozialismus intensiv auseinandergesetzt, und den Nationalsozialismus nur ökonomistisch beurteilt zu haben. Der Antifaschismus ging für sie im Antikapitalismus auf. Man kann aber sehr wohl darüber diskutieren, ob nicht die Reaktion auf die 68er und die kommunistischen Gruppierungen die schon zuvor ein-

geläutete Reform und Modernisierung der Gesellschaft beschleunigten. Das wären jedoch unbeabsichtigte Wirkungen des linksradikalen/ links-extremen Protestes der sechziger und siebziger Jahre.

8. Geradezu absurd ist der Vorwurf, wir hätten wiederholt auf die „Diskrepanz zwischen freiheitsversprechender Bewegungsphase und diktatorischer Regimephase in der kommunistischen Vergangenheit verwiesen“ statt auf linke Errungenschaften. Welche meint der Autor? Sie waren aber auch nicht unser Thema. Diesen spannungsgeladenen Kontext haben wir im Zusammenhang mit der Auswertung von Befragungen in der Gedenkstätte Hohenschönhausen und im Stasi-Museum hergestellt, indem wir erforschten, ob junge Menschen einen Zusammenhang zwischen einem sozialistisch/kommunistischen Regime und aktuellen links-extremen Gruppen sehen. Von **freiheitsversprechender** Bewegungsphase sprechen wir im Übrigen nicht, sondern von einer „sozialistisch/kommunistischen Bewegungsphase und einer Regimephase“. Kommunisten und andere Linksextremisten setz(t)en sich auch in der Bewegungsphase nicht für mehr Freiheit ein. Hier verwechselt der Autor offenbar eigenes Wunschdenken mit der Realität.
9. Der Autor wirft uns vor, mit unseren Hinweisen, dass selbstverständlich Demonstrations- und Meinungsfreiheit gewahrt bleiben muss, wenn eine Partei/Gruppe nicht verboten ist und auf einer Demonstration keine strafrechtlich relevanten Parolen fallen, hätten wir die Differenzen zwischen links und rechts nicht profiliert, sondern demokratiepädagogische Gemeinplätze bemüht. Piorkowski fragt: „An welche Leser richtet sich eine solche verfassungstheoretische Nachhilfe?“ Das ist nicht schwer zu beantworten: Sie richtet sich an diejenigen, die nahezu täglich politisch Andersdenkende in ihrer Meinungs- und Demonstrationsfreiheit behindern und Andersdenkenden diese Grundrechte generell nehmen (wollen). So unangenehm, ja auch unappetitlich manche Meinungsäußerung von politisch Andersdenkenden ausfällt – die Grundrechte gelten für alle. Es gehört zu den unangenehmen Eigenschaften der linksextremen Szene, sich als „Revolutionswächter“ aufzuspielen. Linksextreme möchten ande-

ren Menschen vorschreiben, was sie zu tun und zu denken haben. Die Prinzipien einer offenen Gesellschaft wollen sie außer Kraft setzen.

10. Geradezu absurd ist die Behauptung, wir hätten „leider auch auf sprachlicher Ebene mitunter gefährlich unpräzise“ argumentiert. Als Beispiel wird erwähnt, dass wir die Ressentiments gegenüber Juden und Israel generell als „Kritik“ bezeichnet hätten. Tatsächlich heißt es bei uns: „Bei den Items zu Antisemitismus und Judenfeindlichkeit sieht das Bild differenzierter aus. Hier äußern viele links Eingestellte ebenso Kritik wie die ‚Rechtsaußen‘. Gut jeder vierte äußerst rechts Eingestellte stimmt der Behauptung ‚Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss‘ zu. Gleicher Meinung sind 34 % der Linksextremen und 16 % der Linksradi kalen. Auf dieses Item bezog sich das Wort Kritik.

Ansonsten sprechen wir selbstverständlich von antisemitischen Stereotypen. In der Zusammenfassung der Ergebnisse heißt es: „Eine ähnlich hohe Zustimmung von Linksextremen und Linksradi kalen zeigt sich bei der Einstellung zu dem antisemitischen Stereotyp, Juden seien geld- und raffgierig. Dies bejahen 13 % der Linksradi kalen und 34 % der Linksextremen; insgesamt stimmen 8 % der Befragten diesem Statement zu.“ Wir weisen zudem darauf hin, dass für viele Linksextremisten „Jude“ immer noch ein Synonym für Kapitalismus und Ausbeutung ist.

11. Der Autor kritisiert unsere Überlegung, in den Ergebnissen unserer Linksextremismusskala im Vergleich zur politischen Selbsteinstufung kämen Überschneidungen im links- und rechtsextremen Denken zum Tragen. Er dagegen hält die Skala für nicht geeignet, Linksextremismus zu messen. Mit seiner sprachlich reichlich unbeholfenen Formulierung „sogenannter ‚Linksextremismus‘“ bringt der Autor offenbar seine persönliche Auffassung zum Ausdruck, dass es gar keinen Linksextremismus gibt. Diese Einschätzung teilt er mit vielen linken bis linksextremen Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten.

Wir haben an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass unsere Skala trotz verschiedener inhaltlicher und methodischer Probleme ein erster

Versuch ist, Linksextremismus zu messen. Wir haben gleichzeitig betont, dass einige Items aus der Skala herausgefallen sind, weil sie keinen Bezug zu den anderen Items hatten. Diesen selbstkritischen Umgang mit Skalen und Befragungsergebnissen wünschen wir auch Rechtsextremismusforschern, die zumeist nicht einmal statistisch ausweisen, ob ihre Items miteinander zusammenhängen. Leider gibt es keine – auch nicht im Tagesspiegel – mit der Kritik an uns gleichzusetzende Auseinandersetzung mit entsprechenden Skalen und Befragungsergebnissen in der Rechtsextremismusforschung. Hier gilt offenbar: Je höher der (oftmals konstruierte) Anteil von Rechtsextremisten, Rechtspopulisten, Rassisten, Nationalisten usw. ausfällt, umso besser, da dies den mit öffentlichen Geldern reichlich ausgestatteten „antifaschistischen Kampf“ legitimiert.

12. Bezeichnend ist, dass weder Piorkowski noch der Tagesspiegel die Daten zu linksextremen Gewalttaten sowie die von uns ausführlich referierten linksextremen Feindbilder und Hassbotschaften erwähnen. Gleiches gilt für die Befragungsergebnisse von linksaffinen Personen, die die quantitative Befragung ergänzen und mitunter etwas korrigieren bzw. deren zwangsläufigen Defizite kompensieren. Offenbar soll das Weltbild vieler Leser des Tagesspiegels nicht verunsichert werden. Deshalb hier kurz einige Zahlen und Anmerkungen.

Das BKA registrierte für das Jahr 2015 deutlich mehr politisch links als politisch rechts motivierte Gewalttaten (2.246 zu 1.485). Sogar bei den Körperverletzungen liegen für das gleiche Jahr linke Gewalttäter mit 1.354 Taten vor den rechten Kampfgenossen mit 1.177 Körperverletzungen.

Unerwähnt bleibt bei Piorkowski auch, dass wir auf die nicht nachvollziehbare Differenzierung zwischen linken und linksextremen Gewalttaten hinweisen. So gelten allein für das Jahr 2015 634 Gewalttaten als von nichtextremistischen Linken ausgeübt, darunter 366 Körperverletzungen und 38 Brand- und Sprengstoffdelikte. Angesichts dieser Zahlen lässt sich das bis weit in die politische Mitte hinein verbreitete Vorurteil, Linke verübten im Wesentlichen Gewalt gegen Sachen und Rechte Gewalt ge-

gen Personen, nicht halten. Es bleibt nur der zumeist öffentlich nicht geäußerte Hinweis, linke Gewalt sei doch gute Gewalt, rechte Gewalt hingegen böse Gewalt. Wir dagegen lehnen jegliche politisch motivierte Gewalt ausdrücklich ab, auch halten wir das staatliche Gewaltmonopol, das Linksextremisten und nicht wenige Linksradikale ablehnen, für unverzichtbar.

Die linksradikale und linksextreme Feindbildproduktion ist für den Autor ebenfalls nicht von Bedeutung. Dabei haben sich die linksextremen/linksradikalen Feindbilder in den letzten Jahren deutlich verbreitert. Die kleine Gruppe von Neonazis reicht vielen als alleiniges Feindbild schon lange nicht mehr. Neben AfD-Mitgliedern und -Sympathisanten zählen hierzu inzwischen u.a. Burschenschaftler, Fußballfans, Abtreibungsgegner, liberale und konservative Wissenschaftler, Banker, Hausbesitzer, Konservative, Neoliberale – kurzum: alle, die kein linkes Weltbild haben. Linksextremisten, aber auch Linksradikale erklären sie mehr oder weniger direkt für vogelfrei, wodurch sich für schlichte Gemüter Gewaltanwendung gegen diese Personen legitimiert. Wer sind eigentlich die geistigen Brandstifter, die auf der rechten Seite immer beschworen werden, wenn Linksextremisten Gewalt ausüben?

Öffentliche und mediale Berichterstattung über Hassbotschaften im Internet unterschlägt meist, dass es nicht nur von rechter, sondern auch von linker Seite Aufrufe zu Hass und Gewalt bis hin zu hasserfüllten Mails an politisch Andersdenkende gibt. Gleichzeitig verroht die Sprache in erschreckendem Maße. So werden zum Beispiel Polizisten inzwischen nicht mehr nur als „Bullenschweine“, sondern nur noch als „Schweine“ bzw. „übelriechende Schweine“ und „Abschaum“ bezeichnet. Darüber hinaus wird angedroht, die militante Gewalt zu intensivieren, wenn sich die Polizei bei bestimmten Konfliktsituationen nicht zurückziehe. Bisher habe kein Bulle oder Nazi bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sterben müssen; ab einer bestimmten Eskalationsstufe seien Tote jedoch nicht mehr ausgeschlossen.

Trotz dieser bedrohlichen Entwicklung beschwören wir keineswegs – wie unterstellt – die Gefahr von links, sondern stellen als Fazit unserer Analyse nüchtern

fest: „Der aktuelle Linksextremismus ist keine Bedrohung für die politische Stabilität der Bundesrepublik, aber viele Versatzstücke eines linksextremen Denkens sind in Teilen der Mehrheitsbevölkerung angekommen, ohne dass diese es immer als linksextrem assoziieren würden.“ Vergleichsweise hohe Zustimmung zu einzelnen Aspekten unserer Skala werten wir als „großes Unbehagen mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen in unserer Gesellschaft“. An anderer Stelle heißt es zusammenfassend: „Das Ergebnis unserer Studie, insbesondere die vertiefte Analyse der repräsentativen Befragung zu linksextremen Einstellungsdimensionen und die Ergebnisse der Befragung von Linksradikalen und Linksextremisten sowie von Jugendlichen, die DDR-Gedenkstätten besuchen, führt für Linksradikale und Linksextremisten zu einem ernüchternden Ergebnis. Sie agieren zwar in linken Aktionsbündnissen und dominieren sie auch manchmal; sie sind in den linken Milieus in großen Städten fest verankert, aber erzielen kaum Außenwirkung, d.h. sie erreichen die ‚Normalbevölkerung‘ nicht. Öffentlich werden sie nur über Gewaltaktionen wahrgenommen.“ Dass wir mit solchen Schlussfolgerungen, wie Piorkowski im Tagespiegel unterstellt, die „Angst vor der Gefahr von links schüren“ und ein einseitiges Bild vom linken Extremismus pflegen, hätten wir nicht vermutet. Da können die zahlreichen Mitte- und Rechtsextremismusstudien doch mit ganz anderen Pfunden wuchern!

Eine derartige, nicht vor Unterstellungen und falschen Behauptungen zurückschreckende Polemik gegen unsere Studien wie die von Christoph David Piorkowski sind wir aus dem linksradikalen bis linksextremen Milieu gewohnt. Bedenklich scheint uns, dass auch eine linksbürgerliche Zeitung wie der Berliner Tagesspiegel in diesen Chor miteinstimmt und sich nicht einmal traut, eine offene Kontroverse über das Thema Linksextremismus zu eröffnen. Der Tagespiegel setzt damit seinen Linkskurs fort; er möchte offenbar zu einer taz für die ältere Generation werden. Schade!